Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/4619

06. 01. 86

Sachgebiet 754

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes" — Wirtschaftsjahr 1984 —

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1984 ist als Anlage 1 beigefügt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ist gemäß § 2 Abs. 6 Drittes Verstromungsgesetz ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Mio. DM Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1984 wie folgt entwickelt. (Eine Übersicht nach Bundesländern befindet sich in Anlage 2:)

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft — Z A 1 — 99 26 76 — vom 23. Dezember 1985 gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 des Dritten Verstromungsgesetzes mit der Bitte um Entlastung.

Haushaltsrechnung 1984
für das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes"

Titel laut Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	1 954 321 262,57	1 950 000 000,—	4 321 262,57	—
119/1	Vermischte Verwaltungseinnahmen	52 828,50	—	52 828,50	—
119/2	Zinsen für überzahlte Zuschüsse und sonstige Zinseinnahmen	781 746,21	200 000,—	581 746,21	—
119/3	Rückzahlungen von Zuschüssen aus Vorjahren .	62 167 941,57	70 000 000,—	—	7 832 058,43
119/4	Verwahrungen	—	—	—	—
132	Veräußerung eines Kraftfahrzeugs	6 250,—	6 000,—	250,—	—
162	Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie beim Girokonto	511 575,—	3 800 000,—	—	3 288 425,—
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt — Nettokreditaufnahme —	181 355 000,—[1]	59 896 000,—	121 459 000,—	—
360	Übertrag aus dem Vorjahr	476 793,97	477 000,—	—	206,03
	Gesamteinnahmen	2 199 673 397,82	2 084 379 000,—	126 415 087,28	11 120 689,46

Titel laut Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	1 216 026,54	1 272 000,—	—	55 973,46
425 41	Vergütung der Angestellten	2 030 210,60	2 358 000,—	—	327 789,40
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Arbeitsverträge auf längstens 12 Monate befristet sind	107 126,80	370 000,—	—	262 873,20
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	45 669,46	70 000,—	—	24 330,54
513	Post- und Fernmeldegebühren	112 940,36	100 000,—	12 940,36[2]	—
514	Haltung von Dienstfahrzeugen	221,75	1 000,—	—	778,25

[1] Siehe Finanzierungsrechnung. Der Abweichung vom Wirtschaftsplan wurde zugestimmt.
[2] Deckung gemäß § 4 Abs. 6 HG 1984 bei Titel 539.

Titel laut Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
				mehr DM	weniger DM
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	45 284,57	45 000,—	284,57[2])	—
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	119 917,62	115 000,—	4 917,62[2])	—
518	Mieten und Pachten	418 057,66	450 000,—	—	31 942,34
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	259,75	2 000,—	—	1 740,25
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	3 050,60	23 000,—	—	19 949,40
526/1	Gerichtskosten	55 467,64	350 000,—	—	294 532,36
526/2	Kosten für Sachverständige	71 922,88	400 000,—	—	328 077,12
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	2 003,80	5 000,—	—	2 996,20
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen	50 434,44	60 000,—	—	9 565,56
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	867,06	2 000,—	—	1 132,94
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bediensteten	929,58	5 000,—	—	4 070,42
532	Beschaffung eines Software-Systems	31 170,—	40 000,—	—	8 830,—
539	Vermischte Verwaltungsausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag	510 967,97	610 000,—	—	99 032,03
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite	2 501 396,25	1 000 000,—	1 501 396,25[3])	—
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	—	—	—	—
	Erstattungen				
671	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe und Verzugszinsen früherer Jahre	54 719 227,73	45 000 000,—	9 719 227,73[3])	—
	Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen nach dem Dritten Verstromungsgesetz[4]) — Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig —				

[3]) Der Mehrausgabe wurde zugestimmt.

[4]) Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln wurden genehmigt. Sie sind durch Minderausgaben bei anderen Titeln bzw. durch Mehreinnahmen bei der Ausgleichsabgabe (Titel 099) und bei der Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt (Titel 325) gedeckt.

Titel laut Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
				mehr DM	weniger DM
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	50 570 126,17	28 000 000,—	22 570 126,17	—
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	14 405 022,33	55 000 000,—	—	40 594 977,67
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	1 893 796,22	17 000 000,—	—	15 106 203,78
683/4	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 4 Abs. 2	21 290 785,38	17 000 000,—	4 290 785,38	—
683/5	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstromungsgesetz	151 273,—	—	151 273,—	—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 —Minderpreisverträge—	452 270,11	1 000 000,—	—	547 729,89
683/7	Zuschüsse für Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen nach § 3a a.F.	—	—	—	—
683/8	Zuschüsse für Zusatzmengen nach § 5 (§ 3b a. F.)	11 266 444,51	10 000 000,—	1 266 444,51	—
683/9	Zuschüsse für Optionsmengen nach § 3b Abs. 11 a.F.	3 434 363,93	100 000,—	3 334 363,93	—
683/10	Zuschüsse für niederflüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1	129 816 863,54	105 000 000,—	24 816 863,54	—
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	133 748 003,86	130 000 000,—	3 748 003,86	—
683/12	Zuschüsse für eine Verstromungsreserve nach § 7	21 952 067,54	31 000 000,—	—	9 047 932,46
683/13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle	1 439 557 780,81	1 223 000 000,—	216 557 780,81	—
892/1	Zuschüsse zu Investitionskosten von Kraftwerksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	307 574 400,—	402 000 000,—	—	94 425 600,—
892/2	Zuschüsse zu den Umrüstungskosten von öl- sowie öl-/gasbefeuerten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	95 390,—	13 000 000,—	—	12 904 610,—
	Gesamtausgaben	2 198 251 740,46	2 084 379 000,—	287 974 407,73	174 101 667,27

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	1 954 321 262,57	1 950 000 000,—	4 321 262,57	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen	63 520 341,28	74 006 000,—	—	10 485 658,72
Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	181 355 000,—	59 896 000,—	121 459 000,—	—
Übertrag aus dem Vorjahr	476 793,97	477 000,—	—	206,03
Gesamteinnahmen	2 199 673 397,82	2 084 379 000,—	125 780 262,57	10 485 864,75
Personalausgaben	3 353 363,94	4 000 000,—	—	646 636,06
Sächliche Verwaltungsausgaben .	1 469 165,14	2 279 000,—	—	809 834,86
Ausgaben für den Schuldendienst	2 501 396,25	1 000 000,—	1 501 396,25	—
Erstattungen	54 719 227,73	45 000 000,—	9 719 227,73	—
Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen	2 136 208 587,40	2 032 100 000,—	104 108 587,40	—
Gesamtausgaben	2 198 251 740,46	2 084 379 000,—	115 329 211,38	1 456 470,92
Überschuß	1 421 657,36			

Finanzierungsrechnung:

Kreditaufnahme vom Kreditmarkt:	1 092 355 000,—
Tilgungen	911 000 000,—
Nettokreditaufnahme	181 355 000,—

III.

1. Einnahmen

a) Die *Bruttoeinnahmen* aus der Ausgleichsabgabe betrugen in 1984 rd. 1 954,3 Mio. DM und übertrafen damit die Vorausschätzungen (1 950 Mio. DM) um 4,3 Mio. DM. Nach Abzug von rd. 54,7 Mio. DM überzahlter Beträge im Rahmen des Jahresabrechnungsverfahrens verblieb eine Nettoeinnahme von rd. 1 899,6 Mio. DM, die um 5,4 Mio. DM unter dem vorausgeschätzten Nettowert (1 905 Mio. DM) liegt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert (rd. 1 928,4 Mio. DM) wurden bei gleichgebliebenem Abgabesatz von bundesdurchschnittlich 3,5% rd. 28,8 Mio. DM weniger eingenommen. Damit entsprachen die Einnahmen weitgehend den Erwartungen.

b) An *Zinserträgen und sonstigen Einnahmen* sind in 1984 rd. 1,3 Mio. DM eingegangen. Der Planwert von 4 Mio. DM wurde um 2,7 Mio. DM unterschritten; dies ist auf Mehrausgaben und damit auf geringere Guthabenbeträge als erwartet zurückzuführen.

c) Der mit 59,9 Mio. DM eingeplante *Kassenverstärkungskredit* erhöhte sich in 1984 um 121,5 Mio. DM auf 181,4 Mio. DM, weil insbesondere bei den Zuschüssen ein Mehraufwand von 111,9 Mio. DM (+ 5,7%) entstand.

2. Ausgaben

Die *Bruttoausgaben* für Zuschüsse (2 136,2 Mio. DM) und sonstige Aufwendungen (7,3 Mio. DM) betrugen in 1984 rd. 2 143,5 Mio. DM und lagen damit um rd. 103,1 Mio. DM über den Vorausschätzungen (2 039,4 Mio. DM). Nach Abzug von rd. 62,2 Mio. DM (Planwert 70 Mio. DM) zurückgezahlter Zuschüsse aus Vorjahren verblieb ein *Nettogesamtaufwand* von rd. 2 081,3 Mio. DM; er liegt um 11,9 Mio. DM über dem vorausgeschätzten Nettowert (1 969,4 Mio. DM). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert (2 037,9 Mio. DM) wurden rd. 43,4 Mio. DM mehr ausgegeben.

a) Zuschüsse

aa) Zu den *Mehrausgaben* in 1984 kam es vor allem beim Mehrkostenausgleich Gemeinschaftskoh-

le/Drittlandskohle (+ 221,2 Mio. DM) sowie bei den Zuschüssen für schwer verstrombare, niederflüchtige Kohle (+ 24,8 Mio. DM).

— Beim *Mehrkostenausgleich* gegenüber Drittlandskohle wirken sich hauptsächlich Nachzahlungen für Vorjahre aus, die erheblich höher lagen als erwartet. Der höhere Zuschußbedarf ergab sich hierbei vor allem aufgrund niedriger Importkohlepreise in 1983, was zu entsprechenden Mehrausgaben hauptsächlich im ersten Halbjahr 1984 führte.

— Auch die Zuschüsse für *niederflüchtige Kohle* sind nachholungsbedingt (47 Mio. DM aus 1983 und früher) merklich höher ausgefallen. Sie lagen dadurch um 24,8 Mio. DM über dem Planwert und um 22 Mio. DM über dem Vorjahreswert. Zusätzlich spielten niedrige Flüchtigkeitsgehalte dieser Kohle eine Rolle.

bb) *Minderausgaben* lagen insbesondere beim Mehrkostenausgleich Kohle/Öl (33,1 Mio. DM), bei Investitionskostenzuschüssen für neue Steinkohlenkraftwerke und für von Öl- auf Steinkohlenfeuerung umgerüstete Heizkraftwerke (insgesamt 107,3 Mio. DM) und bei der Verstromungsreserve (9 Mio. DM) vor.

— Gegenüber den Vormonaten ergab sich zum Ende des Jahres 1983 ein spürbarer Anstieg des Preises für schweres Heizöl, so daß die damals erwarteten Zuschüsse zum *Ölausgleich* nachwirkend in den ersten Monaten des Jahres 1984 in entsprechendem Umfang entfielen.

— Die Minderausgabe bei den *Investitionskostenzuschüssen* beruht darauf, daß ein Neubauprojekt aufgegeben wurde, und sich die Zuschußfälligkeit (Inbetriebnahmezeitpunkt) bei zwei Neubauprojekten in das Jahr 1985 verlagerte.

— Die Minderausgabe bei der *Verstromungsreserve* erklärt sich daraus, daß von der Einlagerungsmöglichkeit nicht in dem erwarteten Umfang Gebrauch gemacht wurde und weniger Zinsaufwendungen als angenommen für Einlagerungsmengen anfielen.

b) Verwaltungsausgaben

Die *Verwaltungsausgaben* waren mit 4,8 Mio. DM noch niedriger als im Vorjahr (– 0,4 Mio. DM) und lagen um 1,5 Mio. DM unter Plan (6,3 Mio. DM). Die eingeplanten Kreditzinsen von 1,0 Mio. DM stiegen auf 2,5 Mio. DM, da die vorgesehenen Kassenverstärkungskredite von 59,9 Mio. DM nicht ausreichten und hierfür insgesamt rd. 181,4 Mio. DM (Netto-Kreditaufnahme) in Anspruch genommen werden mußten.

3. Gesamtergebnis

Den Gesamteinnahmen von 2 082,7 Mio. DM (Nettoeinnahme Ausgleichsabgabe plus Zinsen von 1 900,9 Mio. DM zuzüglich der Netto-Kreditaufnahme von 181,4 Mio. DM und Guthaben aus 1983 von 0,5 Mio. DM) stehen Gesamtausgaben von netto 2 081,3 Mio. DM gegenüber, so daß zum 31. Dezember 1984 ein Guthaben von 1,4 Mio. DM vorlag.

Der Kassenverstärkungskredit von 181,4 Mio. DM belastet zusätzlich das Jahr 1985.

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1984 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
1. Guthaben aus 1983	0,5
2. Ausgleichsabgabe und Zinsen	2 017,8
3. Schuldenaufnahme (netto)	181,4
4. Gesamteinnahmen	2 199,7
5. Ausgaben	2 198,3
Guthaben am 31. Dezember 1984	1,4
Verschuldung	
Stand der Verschuldung am 1. Januar 1984	0
Stand der Verschuldung am 31. Dezember 1984	181,4

Anlage 1

Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1984

Jahr	Menge in 1 000 t SKE	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.
1975	24 312	
1976	30 644	+ 26,0
1977	29 556	./. 3,6
1978	32 208	+ 9,0
1979	33 611	+ 4,4
1980	34 089	+ 1,4
1981	36 322	+ 6,6
1982	36 175	./. 0,4
1983	39 679	+ 9,7
1984	39 692	+ 0,0

Anlage 2

Aufstellung der gezahlten Zuschüsse und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe nach Bundesländern für das Jahr 1984

Bundesland	Zuschuß*) in 1 000 DM	Ausgleichsabgabe**) in 1 000 DM
Schleswig-Holstein	13 298	62 158
Hamburg	63 984	61 303
Niedersachsen	233 686	205 163
Bremen	11 378	18 436
Nordrhein-Westfalen	1 123 222	712 205
Hessen	63 415	149 652
Rheinland-Pfalz	71 466	118 630
Baden-Württemberg	279 776	243 443
Bayern	86 145	291 806
Saarland	42 781	37 082
Berlin	147 054	44 439
Gesamt***)	2 136 208	1 954 321

*) bezogen auf den Sitz des Unternehmens
**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer (Soll-Stellungen)
***) Abweichungen durch Rundung einzelner Zahlen

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333